

rakterisiert. Viele der zahlreichen Kulturinstitutionen – wie beispielsweise fast alle Londoner Theater und Museen – finanzieren sich überwiegend kommerziell. Public Private Partnerships und Matching Funds sind wichtige Elemente der britischen Kulturfinanzierung. Das britische Ministerium für Kultur, Medien und Sport betreibt Kulturförderung durch die Vergabe von Geldern aus der nationalen Lotterie, die derzeit allerdings stark zur Finanzierung der Londoner Olympiade 2012 herangezogen wird.

Wichtigstes Organ in mittlerweile 109 Ländern der Erde ist das British Council. Es wurde in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts als Propagandainstrument gegen den wachsenden Faschismus in Europa gegründet. Von Anbeginn wurden dort englische Sprache und Kultur unterrichtet, gekoppelt – gerade in den Jahrzehnten totalitärer Staatssysteme – mit politischen Aussagen zu Fairness, Demokratie und Humanismus.

In der Selbstdarstellung hält sich die Institution nichts weniger zugute, als mitverantwortlich dafür zu sein, dass der Kalte Krieg ein Ende fand und Englisch zur Weltsprache wurde ([www.britishcouncil.org](http://www.britishcouncil.org)). Das British Council bietet aktuell Sprachkurse, es unterstützt Bibliotheken und Bildungsinstitute in Entwicklungsländern, es veranstaltet Lesungen, Konzerte, Ausstellungen. Von ihm werden eine eigene Film- und Fernseh Abteilung betrieben und in Los Angeles das British Film Office für Nachwuchsregisseure finanziert.

## China: Kalligrafie und Sprachkurs


Das Interesse an chinesischer Kunst wächst. In Europa ist vor allem kritische Kunst zu sehen, von Künstlern, die China unzensuriert und abseits der Staatspropaganda zeigen. Ihre Themen: Unterdrückung und Folter im modernen China. Spätestens seit den Olympischen Spielen hat die Welt jedoch erlebt, wie effizient die Mittel sind, die China einsetzt, um die vom Staat getragene Kulturpolitik zu befördern. Kein Zufall also, dass China in aller Welt eigene „Konfuzius-Kulturinstitute“ eröffnet. In Deutschland sind es bereits sechs, Institute, die vor allem die chinesische Sprache vermitteln: So werden Sprachkurse für Anfänger, Fortgeschrittene, Kinder und Senioren angeboten. Hinzu kommen Seminare, Vorträge und Workshops zur chinesischen Kultur, zur reichhaltigen und Jahrtausende alten Literatur, Philosophie, Kalligrafie, Medizin oder zur chinesischen Küche.

Die Initiative zur Gründung der Institute ging vom ehemaligen chinesischen Botschafter, Lu Qiutian, aus. Das erste Institut wurde im

November 2004 in Seoul gegründet. 2006 gab es 121 Konfuzius-Institute und -Hörsäle in 55 Ländern; bis 2010 sollen es weltweit etwa 200 sein. Heute lernen etwa 30 Millionen Nichtchinesen die chinesische Sprache, in Deutschland etwa 10 000.

Bei der Gründung der Institute wird auf die bestehende Infrastruktur der Gastländer zurückgegriffen, wie Hochschulen, Verbände oder Handelskammern. So wurden die Institute in Berlin und Nürnberg in den Räumen der Freien Universität Berlin bzw. der Universität Erlangen-Nürnberg eingerichtet. Das Konfuzius-Institut an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf wurde am 6. Dezember 2006 eröffnet. Im September 2007 startete das Konfuzius-Institut Frankfurt mit einem vielfältigen Programm. Das Frankfur-

ter Institut hat sein Kursprogramm insbesondere auf Manager und Wirtschaftsvertreter ausgerichtet. Weiterhin gibt es ein Konfuzius-Institut in Leipzig. In Heidelberg ist ein weiteres Institut geplant. Das Institut an der Universität Hamburg wurde im September 2007 eröffnet. Finanziert werden die Institute jeweils zur Hälfte vom Gastland und von China, in den Ländern der dritten Welt werden sie vollständig von der chinesischen Volksrepublik übernommen.

Zuletzt öffnete die „Confucius Class“, das Chinesische Sprach- und Kulturinstitut München im November 2007 seine Pforten. Träger sind hier die Stiftung „ex oriente“ und das Amt für chinesische Sprache International (HANBAN) des Bildungsministeriums der Volksrepublik China. 

Simone Dudt begibt sich auf die Spur:

## GIBT ES ÜBERHAUPT EINE *europäische* KULTURPOLITIK?

Die Europäische Union und insbesondere die Kommission wird gerne als blindwütiger Regulierungsapparat gesehen, der den Krümmungsgrad einer Gurke, die Zusammensetzung von Äpfelwoi oder die Verpackungsgröße für Kaffee standardisiert. Auch wenn mittlerweile viele dieser unnötigen Richtlinien wieder zurückgenommen wurden, der schlechte Ruf bleibt – die EU mischt sich in Dinge ein, die sie nichts angehen.

Wie kann da die EU eine europäische Kulturpolitik vorantreiben, die dem Subsidiaritätsprinzip folgt und somit Kernkompetenz der Mitgliedstaaten ist? In föderalen Systemen wie in Deutschland ist Kultur sogar Ländersache.


Kann, darf und soll es da überhaupt eine europäische Kulturpolitik geben?

Auf der Suche nach einer europäischen Identität wird Kultur häufig als verbindendes Element herangezogen, genauer gesagt: Die kulturelle Vielfalt in Europa verbindet, getreu dem EU-Motto „in Vielfalt geeint“. Auch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bekräftigt den hohen Stellenwert von Kultur für Europa, so z. B. in seiner Eröffnungsrede für die erste Berliner Konferenz: „Die EU hat ein Stadium ihrer Geschichte erreicht, in dem ihre kulturelle Dimension nicht länger ignoriert werden kann.“

Mit den Verträgen von Amsterdam wurde in Artikel 151 Kultur als Tätigkeitsfeld der

Europäischen Union festgelegt: „Die Gemeinschaft trägt bei ihrer Tätigkeit [...] den kulturellen Aspekten Rechnung, insbesondere zur Wahrung und Förderung der Vielfalt ihrer Kulturen.“

## Drei Zielbereiche für eine europäische Kulturagenda

Mittlerweile hat die EU-Kommission ein eigenes Kulturförderprogramm und mit Barroso einen Kommissionspräsidenten, der ein Fürsprecher von Kunst und Kultur ist. Doch erst im Mai 2007 wurde eine erste Strategie zu einer europäischen Kulturpolitik durch die EU-Kommission veröffentlicht: die „Mitteilung über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung“. Zwar vermeidet die Mitteilung im Titel den Begriff „Kulturpolitik“, doch genau diese ist ihr zentrales Anliegen: Wie kann und soll eine europäische Kulturpolitik aussehen? 

Die drei Zielbereiche, die eine europäische Kulturagenda enthalten soll, sind:

- die Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs,
- die Förderung der Kultur als Katalysator für Kreativität im Rahmen der Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung und
- die Förderung der Kultur als wesentlicher Bestandteil der internationalen Beziehungen der Union.

Mit der Verabschiedung der Mitteilung durch den Rat der Europäischen Union (Ministerrat) im November 2007 hat dieser einen dreijährigen Arbeitsplan beschlossen, der die Europäische Kulturagenda in die Tat umsetzen soll. Für den Zeitraum 2008 bis 2010 wurden folgende Schwerpunktthemen beschlossen:

- Verbesserung der Bedingungen für die Mobilität von Künstlern und anderen Kulturschaffenden,
- Förderung des Zugangs zur Kultur, insbesondere durch die Verbreitung des kulturellen Erbes und die Förderung der Vielsprachigkeit, der Digitalisierung, des Kulturtourismus, von Synergien mit der Bildung, insbesondere der Kunsterziehung, sowie einer größeren Mobilität von Kunstsammlungen,
- Entwicklung von Daten, Statistiken und Methoden im Kultursektor und Verbesserung ihrer Vergleichbarkeit,
- bestmögliche Nutzung des Potenzials der Kultur- und Kreativwirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU),
- Unterstützung und Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen.

## Schlussfolgerungen

In seiner jüngsten Sitzung am 20. November 2008 hat der Ministerrat Schlussfolgerungen zur „Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs in den Außenbeziehungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten“ verabschiedet. In diesen Schlussfolgerungen appelliert der Ministerrat an seine Mitgliedstaaten, die Rolle der Kultur im Rahmen der Außenpolitik zu stärken. Zusätzlich sollen Kooperationen mit Drittländern im Bereich der Kultur gefördert werden und die Zusammenarbeit mit UNESCO und Europarat, also internationalen Organisationen mit kulturellen Kernkompetenzen, verstärkt werden.

Dabei bezieht sich der Rat ausdrücklich auf die UNESCO-Konvention zur kulturel-

len Vielfalt (2005), deren Ratifizierung und Implementierung weiterhin ein zentrales Anliegen sind. Besonders hervorzuheben ist der Appell, den spezifischen Charakter von Kultur anzuerkennen – kulturelle Aktivitäten, Güter und Dienstleistungen sind immer sowohl ökonomischer als auch kultureller Natur. Dies ist u. a. im Rahmen von bi- oder multilateralen Abkommen entscheidend, da hier eben der besondere Charakter von Kultur geschützt werden soll und Kultur nicht – wie im Rahmen von GATS – als herkömmliches Handelsgut betrachtet werden kann. Denn nur wer auch seinen kulturellen Reichtum fördert und schützt, kann seine kulturelle Vielfalt bewahren. In diesen Schlussfolgerungen hebt der Europäische Rat außerdem hervor, dass Kultur eine treibende Kraft in der Entwicklungszusammenarbeit sein kann.

### ...kurz geklärt

**Rat der Europäischen Union/EU-Ministerrat:** Der EU-Ministerrat setzt sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten auf Ministerienebene zusammen, die regelmäßig zusammentreten, und ist somit das wichtigste Entscheidungsorgan der EU.

**Lissabon-Strategie:** Das auf dem Sondergipfel der europäischen Regierungschefs in Lissabon im März 2000 verabschiedete Programm, das zum Ziel hat, die Europäische Union bis 2010 zu einem der wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsräume der Welt zu machen.

**Europäischer Musikrat (European Music Council EMC):** Dachverband für europäische Musikorganisationen (z. B. nationale Musikräte, spezifische Musikorganisationen). Im Rahmen seiner Arbeit verfolgt der EMC die kulturpolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene. Der EMC begrüßt ausdrücklich die Initiative der EU-Kommission zu einer Europäischen Kulturagenda. Im Rahmen des strukturierten Dialogs nimmt der EMC an den drei von der EU eingerichteten Plattformen des Kultursektors teil. Die Plattformen behandeln die Themen interkultureller Dialog, Zugang zu Kultur und Potenzial der Kultur- und Kreativwirtschaft. Mehr Informationen zu den Plattformen: [www.emc-imc.org](http://www.emc-imc.org)

Um die Umsetzung zu fördern, schlägt der Rat vor, die Unterstützung für folgende Aktivitäten zu stärken:

- kulturelle Kooperationen mit Drittländern,
- internationale Förderung europäischer kultureller Aktivitäten, Güter und Dienstleis-

tungen (hervorgehoben wird der audiovisuelle Bereich und die Mobilität von Künstlern und Kulturakteuren außerhalb der EU),

- Mehrsprachigkeit (Spracherwerb, Übersetzung, interkulturelle Kompetenzen),
- Mobilität junger Menschen (kulturelle und künstlerische Bildung, Zugang zu künstlerischem Ausdruck in seiner ganzen Vielfalt),
- Schutz von Copyright und verwandten Rechten und der Kampf gegen Fälschungen und Piraterie auf internationaler Ebene,
- Schutz, Wahrung und Förderung des materiellen und immateriellen kulturellen Erbes.

Dazu sollen verschiedene Arbeitsmethoden und Instrumente entwickelt werden. Besonders begrüßenswert ist, dass ausdrücklich Künstler, Kulturakteure und die Zivilgesellschaft in die Entwicklung einer auswärtigen Kulturpolitik mit einbezogen werden sollen. Auch mögliche Finanzierungsinstrumente sollen sich an den Gegebenheiten des Kultursektors orientieren. Antragsverfahren sollen vereinfacht sowie langfristige Förderung ermöglicht werden. In Hinblick auf die Mitgliedstaaten möchte der Rat deren Erfahrungsschatz, u. a. auch im Hinblick auf Synergiebildung, besonders nutzen.

Im Rahmen der Lissabon-Strategie wird der Kultur ein hoher Stellenwert im gesamten politischen Geschehen innerhalb und außerhalb der EU eingeräumt, was sich auch in dem Begriff des „Culture Mainstreaming“ (vergleichbar einer Kulturverträglichkeitsklausel) zeigt, der die konsequente Einbeziehung von Kultur in andere Politikbereiche fordert.

Eine europäische Kulturpolitik, die in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips stattfindet, ist erforderlich, da nur so Europa seinen kulturellen Reichtum bewahren kann. Dies sollte nicht allein Aufgabe der Mitgliedstaaten sein, sondern in komplementärem Zusammenwirken gemeinsam verfolgt werden. Zwar wurde die Europäische Union zunächst als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet, doch Europa ist u. a. auch eine kulturelle Gemeinschaft. Oder mit den Worten eines der Gründerväter der Europäischen Union, Jean Monnet: „Wenn ich das Ganze der europäischen Einigung noch einmal zu machen hätte, würde ich nicht bei der Wirtschaft anfangen, sondern bei der Kultur.“

Die Autorin:

**Simone Duddt**, studierte Kulturwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Bildende Kunst und Musik, arbeitete u. a. als Kulturpädagogin in Museen und Musikschulen sowie als Assistentin des Chorreferats beim Landesmusikrat Niedersachsen. Seit 2003 ist sie beim Europäischen Musikrat (EMC) angestellt und vertritt den Dachverband derzeit als kommissarische Generalsekretärin bei allen drei EU-Kulturplattformen.